

wenn er die Staatsverschuldung nicht in ungeahnte Höhen ausufern und damit tatsächlich die Gefahr einer Überverschuldung heraufbeschwören möchte. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Staat eine *gezielte Interessenabwägung* betreiben muß. Es gibt unabdingbare internationale Verpflichtungen für Europa, in weit umstrittenem Maße für die NATO, für die Länder der Dritten Welt und eben für Partner wie die Türkei als wichtige Flanke des westlichen Bündnisses und zum Beispiel auch für Polen. Die Leistungsanforderungen in diesen Bereichen steigen weiter, ebenso wie die Sozialverpflichtungen des Staates. Er wird also ohne einen Kollaps riskieren zu dürfen tatsächlich und nicht nur verbal die Lasten, bedingt durch die Einschränkung staatlicher Leistungen, gleichmäßig verteilen müssen. Dies wird sich allein durch die so viel zitierte Beschneidung von Wildwuchs etwa im sozialen System nicht bewältigen lassen. Obwohl, zugegebenermaßen, die Gelegenheit noch nie so günstig war wie jetzt, eine Reihe von Mißständen zu beseitigen, ohne die Kritik der vermeintlich Betroffenen allzu lautstark werden zu lassen.

Diese notwendige Bereinigung zur Sanierung der Staatsfinanzen erfordert also eine *Überprüfung staatlicher Leistungen*. Im nationalen Bereich bedeutet dies, kann der Staat allen seinen Verpflichtungen heute tatsächlich noch nachkommen? Ist es gerechtfertigt, den Staatsdienern eine nahezu kostenlose Altersversorgung anzubieten, gleichzeitig aber aus Gründen einer defizitären Finanzpolitik den Arbeitnehmern und den Unternehmern der gewerblichen Wirtschaft zusätzliche Lasten für die Sicherstellung ihrer Altersversorgung aufzuerlegen? Dazu gehören aber auch so vermeintlich finanzpolitisch ineffiziente Bereiche wie Energieberatung. Da gibt der Staat jährlich einige Millionen Mark aus, um dem Bundesbürger klarzumachen, daß Energie teurer geworden ist und er sparen muß – ganze Bürokratien werden aufgebaut. Welch ein Unsinn!

Die Dramatik der Staatsverschuldung und gleichzeitig der Zwang zu einem beachtlichen Kurswechsel wird durch die vorhersehbare Entwicklung noch deutlicher. Bereits zum Anfang des Jahres 1981 sah sich der Bund gezwungen, ein erstes *Subventionsabbaugesetz* vorzulegen. Die Sparprämie wurde gestrichen, eine Prämie, die als Anreiz für die sogenannten Niedrigverdiener galt, Geld auf die hohe Kante zu legen. Gestrichen wurden auch Wirt-

schaftshilfen, nur daß dieses Gesetz finanzpolitisch den Staat kaum entlastet hat. Die eigentlichen „Gewinne“ macht der Bund im Rahmen dieses Gesetzes durch eine Erhöhung der sogenannten Postablieferung, also einer größeren Gewinnabführung des Telefons an die Staatskasse. Nach heutigen Berechnungen wird sich aber allein das Defizit des Bundes, auch wenn es gelingt, die Schuldenaufnahme im Jahre 1982 auf die vorgegebene Grenze von 26 Milliarden Mark zurückzuführen, im Jahre 1983 erneut auf über 30 Milliarden Mark erhöhen. Dazu tragen schon die sogenannten Risiken bei, wie die steigenden Belastungen, hervorgerufen durch die Europäische Gemeinschaft und deren Agrarpolitik, die andauernde Hochzinsphase, die den Bund zusätzliche Milliarden kostet und auch die *steigenden internationalen Anforderungen*, denen sich die Bundesrepublik nicht entziehen kann. Die Einschnitte am Staatshaushalt, und dies gilt nicht nur für den Bund, der hier exemplarisch aufgezeigt wurde, sondern auch für die anderen Gebietskörperschaften, deren Anspruchsdenken eher gestiegen denn gesunken ist, dürfen also nicht für einen zeitlich befristeten Zeitraum gelten, sondern müssen zwangsweise Wirkungen für die Zukunft haben.

Nur wenige Experten in der Bundesrepublik bestreiten heute die Notwendigkeit hoher Zinsen zur Bekämpfung der Inflation. Diese hohen Zinsen aber führen beim Staat zu Einnahmeausfällen, nicht nur weil der Staat selbst beachtliche Zinsen für seine Schulden zu zahlen hat, sondern weil, wie der Baubereich zeigt, Investitionen ausbleiben, die dem Staat Steuergelder erbringen; und mangelnde Steuergelder verhindern, daß der Staat mit finanziellen Anreizen brachliegenden Investitionsbereichen unter die Arme greift. Diesen notwendigen finanziellen Spielraum muß sich der Staat aber wieder beschaffen, will er glaubhaft bleiben. Und dies bedeutet in erster Linie die Staatsschulden abzubauen, deren Folgen, nämlich Zins und Tilgung, den Staat zwar nicht zum Konkurs, aber doch zur Handlungsunfähigkeit verurteilen. Dies bedeutet aber auch, daß künftig die Bundesbürger als Arbeitnehmer und Unternehmer weniger staatliche Leistungen für ihre Steuerzahler erwarten dürfen. Es gilt, das Anspruchsdenken zurückzuschrauben und die sozialen Lasten gleichmäßig zu verteilen. Eine Aufgabe, an deren Bewältigung der Staat gemessen wird, aber auch der Bürger.

Peter J. Velte

Kein politischer Berggrutsch

Frankreich unter Mitterrand

Es bedarf vielleicht jeweils eines Schocks, um in der weniger konservativen als gruppenegoistisch orientierten französischen Gesellschaft einige sich aufzwingende Reformen durchzusetzen. 1936 war es die Volksfrontregierung *Léon Blums*, die Frankreichs Anschluß an die soziale Ent-

wicklung Europas verwirklichte. 1944/45 konnte im Zuge der Befreiung des Landes mit Einsatz der Widerstandsbe-
wegung unter *de Gaulle* eine weitreichende Modernisierung des französischen Wirtschaftssystems eingeleitet werden. 1958 brachte die in den schweren Wehen des Al-

gerienkriegs geborene V. Republik eine bisher nicht gekannte politische Stabilität. Sie wurde auch kaum erschüttert durch die Mai-Revolte 1968, die der Modernisierung des Landes einen neuen Anstoß gab. Vor wenigen Wochen begann schließlich mit der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten eine neue Etappe der Reformen.

Das *Bedürfnis nach Kontinuität* ist in der französischen Bevölkerung derartig stark, daß sie jede Veränderung der politischen Verhältnisse dramatisiert und sie je nach Lage und Geschmack als historisches oder revolutionäres Ereignis betrachtet, als ob sich plötzlich alles ändern würde. Ebenso, wie in diesem Land ständig vom Dialog gesprochen wird, obwohl man ihn äußerst selten praktiziert, lebt man sehr theoretisch mit dem Wunsch nach einem Wandel, fühlt sich aber sofort bedroht, wenn er tatsächlich eintritt. Nicht einmal die große Revolution von 1789 vermochte das französische Verwaltungssystem aus den Angeln zu heben. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte de Gaulle nur einen kleinen Teil der während des Vichy-Regimes, das ihn zum Tode verurteilt hatte, erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft. 1936 hatte die Volksfrontregierung nicht die geringste Absicht, an den Grundlagen der Gesellschaft zu rütteln. 1981 dürfte dies noch weniger der Fall sein. Nur der *Hang zur Dramatisierung* ließ für Sieger und Besiegte die letzte Präsidentenwahl zu einem politischen Bergutsch werden.

Verschiebungen geringer, als es scheint

Man muß zunächst die Statistik zu Hilfe rufen, um die Dinge in ein richtiges Licht zu rücken. Zwischen seinem Erfolg 1974 und seinem Fehlschlag 1981 verlor Giscard d'Estaing 2% der Wählerstimmen. Im ersten Wahlgang der Parlamentswahl erhielt die Linke, zusammen mit den Umweltverteidigern, rund 800 000 Stimmen weniger als bei der vorausgegangenen Wahl 1978. Das bisherige Regierungslager büßte zwar rund 2,1 Millionen Stimmen ein, dieser Verlust kam jedoch nicht der Linken zugute, sondern erklärt sich durch eine zusätzliche Stimmenthaltung von 4,6 Millionen Franzosen, die allerdings hiermit zu einem guten Teil ihre Unzufriedenheit mit den beiden betroffenen Partnern, den Gaullisten und der mehr oder weniger liberalen Mitte um die UDF, zum Ausdruck bringen wollten, ohne ins andere Lager überzugehen. Fände in Frankreich das Proportionalrecht Anwendung, dann wären die Sozialisten in der neuen Nationalversammlung weit unter der absoluten Mehrheit geblieben, um sie nur verhältnismäßig knapp mit den Kommunisten zu erreichen. Diese Zahlen darf man nicht vernachlässigen, wenn man die politischen Kräfteverhältnisse Frankreichs einigermaßen zuverlässig beurteilen will.

Die Gründe, die von den Politologen für die Niederlage Giscard d'Estaings angeführt werden, sind so zahlreich und schwerwiegend, daß ein Stimmenverlust von nur 2% geradezu als ein Wunder betrachtet werden muß und darin auf jeden Fall ein Beweis für die höchst erstaunliche

Stabilität der französischen Wählerschaft gesehen werden darf. In die Waagschale fallen zunächst die jungen Wähler. 1981 beteiligten sich rund 6 Millionen Franzosen zum ersten Mal an einer Präsidentenwahl. Nach den Ermittlungen der Politologen und Soziologen stimmen 65% der jungen Wähler, besonders wenn sie das erste Mal zur Urne gehen, für einen Linkskandidaten. Der Vorsprung, den sich dadurch Mitterrand theoretisch verschaffte, erreichte bereits 900 000 Stimmen, während die Niederlage Giscard d'Estaings durch den politischen Gesinnungswandel von 600 000 Franzosen verursacht wurde.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß der bisherige Präsident während seiner gesamten Amtszeit einen ungewöhnlich schwierigen Kampf gegen die Krise führen mußte und seine Bilanz eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflation aufweist. Er war in seinem Wahlkampf auch dadurch gehemmt, daß er für die Zukunft weit weniger versprechen konnte als sein Gegner, der sich noch außerhalb des Verantwortungsbereichs befand, während er selbst durch den Übergang von der Kontinuität zum verlockenden Silberstreifen am Horizont unglaubwürdig geworden wäre.

Hierzu kamen zwei weitere negative Faktoren: Die Abneigung gegenüber seiner Person und schwerwiegende Spannungen im Regierungslager. Häufig war die Reaktion gegen Giscard d'Estaing nicht mehr rational, sondern epidemisch. Nicht wenige Franzosen wollten diesen Mann nicht weitere sieben Jahre im Fernsehen erleben und im Alltag ertragen. Verstärkt wurde diese persönliche Weigerung durch die geradezu haßerfüllte Atmosphäre zwischen dem Gaullistenpräsidenten Chirac und Giscard d'Estaing. Da sie fünf Jahre lang die politische Welt vergiftete, blieb sie natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Parteiapparate und beeinflusste schließlich auch die öffentliche Meinung.

Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, daß Giscard d'Estaing nicht mehr Stimmen verlor. Die recht beliebte Erklärung des Durchbruchs der Linken durch eine soziologische Umschichtung der französischen Bevölkerung ist deshalb wenig glaubwürdig. Danach habe die Verringerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und auch der rückläufige Einfluß der katholischen Kirche das konservative Lager zugunsten der Linken geschwächt. Als Beweis führt man die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Bretagne und in Ostfrankreich an. Man sollte aber bedenken, daß andere soziologische Veränderungen den Einfluß der Kommunisten in ihren Hochburgen minderten und während der IV. und V. Republik den damaligen Regierungsparteien der Einbruch in die traditionelle linke Wählerschaft des südlichen Frankreichs gelang. Es mangelt nicht an gründlichen Untersuchungen, die erkennen lassen, daß sich die Wählerschaft der großen Parteien auf *alle* sozialen Schichten verteilt. Die Anhängerschaft der Kommunisten besteht nur zu etwas über die Hälfte aus Arbeitern. Deren Anteil an der sozialistischen Wählerschaft ist nur etwas größer als im gaullistischen Lager. Ein nicht kleiner Prozentsatz der breiten kleinbürgerli-

chen Schicht der Handwerker, Kaufleute und Angestellten stimmt kommunistisch oder sozialistisch mehr aus Tradition als aus Gründen sozialer Zugehörigkeit. Der recht regelmäßige Stimmenrückgang der Kommunisten in ihren alten Hochburgen erklärt sich wahrscheinlich durch eine zunehmende Verbürgerung der Arbeiter, die für das von den Kommunisten unverändert gepredigte Klassenbewußtsein kein richtiges Verständnis mehr aufbringen.

KPF ohne Zukunft?

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der *Zukunft der kommunistischen Partei Frankreichs*. Soziologisch gesehen ist sie schon lange ein Widersinn. Selbst nach der marxistischen Doktrin fehlt ihr die Daseinsberechtigung. In der Präsidenten- und Parlamentswahl sank ihr Stimmenanteil auf 15 bis 16% gegenüber 21 bis 22% in den letzten fünfzehn Jahren. Sie erzielte so ihre schlechtesten Ergebnisse seit der Volksfrontwelle von 1936. Zum ersten Mal ist den Sozialisten ein massiver Eingriff in die kommunistische Wählerschaft gelungen. Ihre früheren Fortschritte hatten sie weitgehend zu Lasten der linken Mitte, d. h. im bürgerlichen Lager und nicht in der Arbeiterschaft, erzielt. Ihre Hoffnung ist jetzt natürlich, daß sich diese Entwicklung fortsetzt und die Kommunisten politisch weiter an den Rand gedrängt werden.

Dieser Optimismus kann sich allerdings als Illusion erweisen. Mit 4,5 bis 5 Millionen Wähler sind die französischen Kommunisten noch keine Splitterpartei. Zusammen mit ihrer Gewerkschaft CGT verfügen sie außerdem über einen weit stärker strukturierten und leistungsfähigeren Apparat als die Sozialisten, die in den Betrieben kaum Fuß gefaßt haben und ohne Zweifel von einer Arbeiterpartei noch sehr viel weiter entfernt sind als die Kommunisten. Deren Taktik ist es, auf ihre Stunde zu warten und inzwischen sich mit allen Mitteln Machtpositionen zu sichern. Trotz ihrer Regierungsbeteiligung sind sie vom Fehlschlag Mitterrands überzeugt, dies übrigens nicht ohne innere Logik, denn ein sozialistisches Experiment vermag sich in ihrer Optik nur dann durchzusetzen, wenn es sich mit einer revolutionären Veränderung aller Strukturen, einschließlich des politischen Systems, verbindet. Da sie damit rechnen, daß Mitterrand zu einem *revisionistischen Kurs* verurteilt ist, halten sie es für gewiß, in absehbarer Zukunft wieder zur einzig glaubwürdigen Oppositionspartei zu werden und so, wie sie hoffen, die steigende Zahl der Unzufriedenen hinter sich zu scharen. Ein wichtiger Trumpf bleibt für sie die Tendenz eines Teils der Franzosen, aus Opposition gegen den Staat jeweils für die radikalste Partei zu stimmen, um so die den Staat verkörpernde Regierung zu zwingen, auf ihre Wünsche und Notwendigkeiten stärker Rücksicht zu nehmen. Es ist kein Zufall, daß die Regierung Mitterrand der Dezentralisierung eine hohe Priorität gibt, um so die traditionelle Staatsfeindlichkeit der Bürger sowohl zu neutralisieren wie für die eigene Partei positiv auszunützen. Diese Dezentralisierungsbemühungen dürften sich jedoch nur sehr

langfristig auswirken. Inzwischen besitzen die Kommunisten eine recht gute Chance, die zu den Sozialisten übergelaufenen Wähler wieder zurückzugewinnen.

Mehr Präsidialmacht

Wie zeichnet sich nunmehr die neue Ära ab? Manches spricht dafür, daß François Mitterrand das *Präsidialregime* noch etwas stärker ausprägen wird als seine Vorgänger. Mit einer bisher nicht gewohnten Härte hat er, der gaullistischen Gewohnheit gemäß, über eine im Ministerrat verlesene Erklärung wissen lassen, daß er allein die Politik des Landes bestimmt und er jederzeit das Recht besitzt, über die Köpfe seiner Minister hinweg die Entscheidungen in seinem Sinne zu treffen. Wenn er sich vielleicht – wie man andeutet – weniger als Giscard d'Estaing um Einzelheiten kümmern wird, dann ist dies ein freiwilliger Verzicht, aber nicht die Anerkennung irgendwelcher Grenzen seines Präsidialregimes. Die Auswahl der Minister und auch eines Teils ihrer engen Mitarbeiter erfolgte durch Mitterrand ebenso eigenwillig wie seitens seiner Vorgänger. Ohne Rücksicht auf ihre sachliche Befähigung entlohnte er eine Reihe treuer und zuverlässiger politischer Freunde mit ministeriellen Portefeuilles. Er versteht zwar zuzuhören, aber seine Beschlüsse faßt er einsam. Außerdem geht er äußerst sparsam mit der Enthüllung seiner Gedanken und Absichten um. Er öffnet sich nur wenigen persönlichen Freunden, die sich abseits von der politischen Welt befinden.

Daher ist es nicht sicher, daß das *Parlament* eine größere Rolle spielen wird als in der Vergangenheit. Eine sehr starke sozialistische Fraktion hat natürlich die Tendenz, sich gebührend bemerkbar zu machen und sich nicht automatisch dem Regierungswillen zu unterwerfen, zumal keine Gefahr für die Stabilität besteht, selbst wenn sich gelegentlich einige Abgeordnete der Stimme enthalten. Alle bisherigen Präsidenten der V. Republik, auch de Gaulle, hatten mehr oder weniger große Schwierigkeiten mit ihren Parlamentariern, die aus Selbsterhaltungsgründen um den Beweis ihrer Eigenständigkeit bemüht sind. Aber nur ein einziges Mal kam unter ungünstigen Verhältnissen für einen Mißtrauensantrag die erforderliche Mehrheit zustande. Die sozialistische Parlamentsfraktion besteht zudem aus drei politischen Tendenzen, die nicht alle gleichzeitig ohne weiteres mit der Regierungspolitik einverstanden sein dürften und sich jeweils bemerkbar machen möchten. Es wäre erstaunlich, wenn der sehr autoritär veranlagte Mitterrand diesem parlamentarischen Spiel lange freien Lauf ließe. Es ist sicherlich nicht seine Absicht, sich durch das Parlament in wesentlichen Punkten von seinem Kurs abbringen zu lassen.

Die Aufnahme kommunistischer Minister in die Regierung war ebenfalls sein *persönlicher* Entschluß. Innerhalb seiner Partei fand darüber keine vorherige Diskussion statt. Maßgebend dürfte für ihn die Überzeugung gewesen sein, kein Risiko einzugehen, da er selbst stark genug

ist, um die Kommunisten in ihren Schranken zu halten und sie, falls erforderlich, aus der Regierung wieder zu entfernen. Er vergleicht sich mit General de Gaulle, der nach dem Zweiten Weltkrieg den Kommunisten seine Regierung öffnete, um in einer schwierigen Übergangsperiode alle Kräfte der Nation zu einem verantwortungsbewußten Verhalten zu veranlassen und um nicht zuletzt die Kommunisten als Gegenleistung zu zwingen, die Waffen ihrer militärischen Einheiten der Widerstandsbewegung abzuliefern. Für Mitterrand bestehen auch keine Sicherheitsbedenken innerhalb der atlantischen Allianz, denn alle verteidigungspolitischen Fragen von Bedeutung bleiben für Frankreich stets einem sehr kleinen Kreis vorbehalten. Nicht zuletzt infolge des kommunistischen Einflusses hält sich auch die Information des Parlaments in engen Grenzen. Offiziell fühlt sich der Präsident ferner gegenüber den kommunistischen Wählern, denen er seinen Sieg verdankt, verpflichtet. Sie haben Anspruch auf eine angemessene Vertretung in der Regierung. Es muß offen bleiben, ob für Mitterrand die Linksunion weiterhin ein Ideal, um nicht zu sagen ein Mythos, ist oder ob er sich von taktischen Erwägungen leiten läßt. Jedenfalls hegen beide Seiten Hintergedanken. Die vier kommunistischen Minister sind bis auf weiteres für Mitterrand eine Gewähr gegen soziale Spannungen, zumal er kaum die Möglichkeit hat, in kurzer Frist die Arbeitslosigkeit zu verringern. Nach langem Zögern und heftigen internen Diskussionen gelangten die Kommunisten zu dem Schluß, daß der von ihnen geforderte Preis des Verzichts auf ihre eigene Politik zugunsten des Programms Mitterrands nicht zu hoch ist für eine Regierungsbeteiligung, die ihnen Einblick in die Staatsführung gibt und ihnen außerdem erlaubt, einige Bereiche zu unterwandern, um sich auf diese Weise für spätere Gelegenheiten Druckmittel zu verschaffen.

Mitterrands Sozialismus

Wichtiger als die außerhalb Frankreichs etwas zu sensationell aufgebauschte *kommunistische Regierungsbeteiligung* ist es zu erkunden, welcher Sozialismus dem französischen Präsidenten vorschwebt. In Anbetracht seiner Verschlossenheit ist man auf Vermutungen angewiesen. Sicher ist, daß der sehr katholisch erzogene Mitterrand das sozialistische Gedankengut erst sehr spät entdeckte. Aus verschiedenen Äußerungen darf man schließen, daß er sich vorwiegend auf die Ideen der idealistischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts stützt und dem marxistischen Arsenal nur einige propagandistisch wertvolle Schlagworte entnahm. Ihm schwebt so ein romantischer Sozialismus mit stark humanistischer Prägung vor, stärker sentimental als realistisch. Er glaubt an einen französischen Weg zwischen dem Marxismus und der Sozialdemokratie. Anders ausgedrückt: An eine sozialistische Gesellschaftsordnung, deren Grundlagen die Achtung der Menschenrechte und der individuellen Freiheit bildet. Aus seiner Kinderstube bleibt ein fast schon etwas überbe-

tontes Nationalgefühl, das im französischen Sozialismus nicht überrascht, da sich dieser nie so klar und deutlich wie der deutsche mit dem Internationalismus identifizierte.

Trotz dieser etwas nebelhaften persönlichen Vorstellung des französischen Präsidenten sind in den wichtigen Positionen seiner Regierung die sozialdemokratischen Elemente ausschlaggebend. Zu dieser Gruppe gehören der Regierungschef *Pierre Mauroy*, der Wirtschafts- und Finanzminister *Jacques Delors*, der Industrieminister *Dreyfus*, der Planungsminister *Michel Rocard* sowie der Außenminister *Claude Cheysson* und auch der ihm beigeordnete Europaminister *André Chander-nagor*. Nicht weit entfernt von dieser Orientierung sind der Verteidigungsminister *Charles Hernu* und der Innenminister *Gaston Defferre*.

Der sozialistische Humanismus Mitterrands ruft nach mehr Freiheit und nach größerer sozialer Gerechtigkeit. Der demokratische und der soziale Fortschritt sind daher die wichtigsten politischen Ziele der neuen Mannschaft. Für die Demokratie ist das Allheilmittel eine weitreichende *Dezentralisierung*, um den Bürger konkret und unmittelbar an der Verwaltung der ihn betreffenden Bereiche zu beteiligen. Daran dachte bereits de Gaulle, in dieser Richtung bewegte sich auch Giscard d'Estaing, aber beide scheiterten mehr oder weniger an Traditionen, Mentalitäten und finanziellen Hindernissen. Wahrscheinlich wird der neue Anlauf Frankreich ein Stück weiter bringen, aber wohl kaum über Nacht tief verwurzelte Strukturen umgestalten. Ein Föderalismus, selbst wenn man ihn Regionalismus nennt, kann nicht einfach erfunden und noch weniger befohlen werden. Mehr zu erwarten ist von der Liberalisierung der Justiz, denn auf diesem Gebiete können allerlei wenig schöne Unebenheiten oder Verirrungen beseitigt werden. Ob die öffentlich-rechtlichen Medien mehr Unabhängigkeit erhalten werden als bisher, ist, wenn man sich so ausdrücken darf, fast eine Glaubensfrage.

In der Sozialpolitik unterscheidet sich die jetzige Regierung von der vorherigen weniger durch den Inhalt als durch das Tempo ihrer Reformen. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes, der Familienzulagen, verschiedenen Altersrenten usw. zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten ist keine Neuheit. Warum sollte beim Start eine sozialistische Regierung nicht etwas großzügiger sein? Die obere mögliche Grenze bestimmen jedoch auch für sie die wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten.

Die Marktwirtschaft wird grundsätzlich beibehalten. Wie sie sich mit der beabsichtigten stärkeren Planung mit Erhöhung des Staatsanteils vereinbaren läßt, ist schwer vorzusagen. An die angekündigten Verstaatlichungen will man freilich vorsichtig herangehen. Der Anteil des öffentlichen Sektors am gesamten Sozialprodukt soll jedenfalls 16% nicht überschreiten. Die ersten Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft über private Investitionen entsprechen dem klassischen Modell. Die Wirtschaftspolitik Mitterrands liegt bisher viel näher bei Keynes als bei Marx.

Dem zuständigen Minister ist sehr daran gelegen, das schwer erschütterte Vertrauen der Unternehmer wiederherzustellen, weil es sonst keinen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit geben wird. Für ein einigermaßen ausreichendes Vertrauensklima gibt es zwei Bedingungen: eine sehr vorsichtige und beschränkte Verstaatlichungsaktion und der Verzicht auf soziale Experimente in den Betrieben, wie z. B. das erwogene Mitbestimmungs- und Vetorecht des Betriebsrats bei Einstellungen oder Entlassungen. Es würde schon viel erreicht, wenn es möglich wäre, die von Giscard d'Estaing verabschiedeten Gesetze anzuwenden und zusätzlich die von seiner parlamentarischen Mehrheit zurückgewiesenen Projekte zur Verbesserung des Betriebsklimas und der Information der Belegschaften zu verwirklichen.

Außenpolitische Kontinuität

Für die Außenpolitik ist schließlich mit einer sehr weitgehenden Kontinuität zu rechnen, selbst wenn man gewissermaßen aus Koketterie mit anderen Formulierungen arbeitet. Noch nie war jedenfalls Frankreich so betont atlantisch, so antineutralistisch und so antisowjetisch wie seit dem Amtsantritt François Mitterrands. Auch seine persönliche Sympathie für Israel tritt hinter der wirtschaftlich und finanziell unentbehrlichen Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Araber zurück. In Afrika dürfte er kaum weniger aktiv sein wollen als sein Vorgänger, während in der Europapolitik alle gaullistischen Vorbehalte weggefeigt sind, jedoch der den Sozialisten naheliegende Protektionismus zum Problem werden kann und die Gefahr besteht, daß sich weiterhin die nationalen Interessen stärker erweisen als der schönste europäische Idealismus. Nach weitgehender Überzeugung der offiziellen Kreise bleibt ein enges *deutsch-französisches Verhältnis* die Grundlage der Europapolitik. Man sollte hierbei den persönlichen Beziehungen weniger Bedeutung beimessen als den Sachzwängen, die sich nicht zuletzt aus einer in verschiedenen Bereichen erfolgten Verflechtung ergeben. Die Zeit ist vorbei für das Spiel mit Achsen im innereuropäischen Rahmen. Es besteht heute ein deutsch-französisches Fundament, das nicht ohne schwerste Erschütterung des gesamten Gebäudes durch irgendwelche neue diplomatische Verbindungen ersetzt werden kann. Konkreter ausgedrückt: Großbritannien vermag unter den gegebenen Bedingungen nicht über Nacht durch einen politischen Beschluß für Bonn oder Paris vom europäischen Außenseiter zum Partner einer gegen den anderen gerichteten Gleichgewichtspolitik zu werden.

Der Erfolg des sozialistischen Experiments in Frankreich hängt sehr weitgehend von der *wirtschaftlichen Entwicklung* ab. Mitterrand gelangte zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt an die Macht. Der zweite Erdölchock ist noch nicht überwunden. Daher läßt national und international die Belebung der Konjunktur länger auf sich warten als zu Beginn des Jahres erhofft. Der allen Industriestaaten aufgezwungene industrielle Umstellungsprozeß

ist noch voll im Gange und in Frankreich schwieriger als anderswo, weil ein Rückstand aufzuholen war. Er läßt sich nicht ohne Opfer verwirklichen, denn er verbindet sich zumindest vorübergehend mit *erhöhter Arbeitslosigkeit* und auch mit rückläufiger Kaufkraft, falls man ihn nicht durch eine inflationistische Ausgabenpolitik behindern und verzögern will. Hierzu kommt eine ungünstige Bevölkerungspyramide, denn bis 1985 werden weit mehr junge Menschen in den Produktionsprozeß eintreten wollen als Rentner ausscheiden werden. Wahrscheinlich wäre nur ein nach außen abgekapseltes autoritäres Regime in der Lage, bis zur demographischen Umkehr 1985 die Arbeitslosigkeit einigermaßen zu meistern. Diesen Weg wird Frankreich jedoch keineswegs gehen, so daß vorläufig keine Wirtschaftspolitik vorstellbar ist, die die Arbeitslosigkeit fühlbar eindämmen könnte.

Explosionsgefahr gebannt

In Anbetracht der gegebenen Zwänge besitzt die neue Regierung für ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Pläne nur geringen Spielraum, wenn sie zumindest ein relatives Gleichgewicht der Staatshaushalts-, der Handels- und Zahlungsbilanz sowie der Preise und Löhne aufrechterhalten will. Es ist kein Zufall, daß sehr schnell dem vorsichtigen Wirtschafts- und Finanzminister *Delors* im Regierungslager und in der Opposition unterstellt wurde, in großen Zügen die Politik des bisherigen Premierministers *Raymond Barre* fortführen zu wollen. Daher müssen sich die sozialen Vergünstigungen in um so engeren Grenzen halten, als die Steuer- und Soziallast der Unternehmen an der oberen Grenze des Tragbaren angelangt ist, von der Abschöpfung der hohen Einkommen nicht mehr viel zu erwarten ist und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ohne ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Wirtschaft und Regierung nur scheitern kann. In der Tat besteht daher lediglich die Wahl zwischen einer Rückkehr zur Politik Barres und dem folgenschweren Verzicht auf die lebenswichtigen wirtschaftlichen Gleichgewichte.

In diesem wirtschaftlichen Ringen ist eine sozialistische Regierung gegenüber dem früheren liberalen Regime *benachteiligt*, weil sie auf ein kaum vermeidbares Mißtrauen der privaten Wirtschaftskreise stößt, während sie des Wohlwollens der Arbeitergewerkschaften nur während einer Anlaufperiode gewiß sein darf. Nicht zuletzt deswegen ist sie der Gefahr ausgesetzt, die von ihr ausgelösten Hoffnungen zu enttäuschen. Man darf aber auch nicht übersehen, daß die Wiederwahl Giscard d'Estaings nach Ansicht nicht weniger Beobachter möglicherweise zu einer sozialen Explosion geführt hätte, weil die ihm abgeneigte Hälfte der französischen Bevölkerung nicht mehr bereit war, seine Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem unvermeidbaren Krisenklima stillschweigend hinzunehmen. Auch er wußte nicht, wie er die düstere Zeitspanne bis 1985 ohne Katastrophe durchqueren könnte. Der Macht- und Personenwechsel hat zumindest diese Explosionsgefahr gebannt.

Alfred Frisch